

Bewerbung „Girls Day“ auf Seite 6



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Liebe Leserinnen und Leser,

ein spannender Wahlabend ist am 20. Januar für uns erfolgreich beendet worden. Was für ein Abend, was für eine Achterbahnfahrt der Gefühle, was für eine Freude nach der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses. Stephan Weil ist neuer Ministerpräsident, die SPD hat dazugewonnen, vier der fünf hannoverschen Wahlkreise sind gewonnen, ein Erfolg auf ganzer Linie.

Was für ein toller Einstieg in unser Jubiläumsjahr. In 2013 feiert die SPD ihr 150-jähriges Bestehen. Ein gutes Jahr, um weiter zu siegen. Erst Niedersachsen, dann der Bund – so lautet die Devise. Die erste Hürde ist genommen, die zweite gilt es in Angriff zu nehmen.

Jetzt heißt es, den Blick auf Berlin zu richten. Wir werden die fehlende soziale Balance, die Ungerechtigkeit und Rücksichtslosigkeit der Exzesse auf den Finanzmärkten in den nächsten Monaten beim Namen nennen. Wachsende Kluft in der Vermögensverteilung, ungleiche Startchancen von Kindern, Spaltung des Arbeitsmarktes, schlechte Bezahlung für gute Leistungen, mangelnde Gleichstellung von Frauen, marode Kommunen: Das wollen wir nicht hinnehmen. „Deutschland braucht wieder mehr wir und weniger ich“, so hat es Peer Steinbrück in seiner Rede zur Nominierung als Kanzlerkandidat in Hannover ausgedrückt. Jetzt kommt es darauf an, geschlossen und kämpferisch in den Bundestagswahlkampf zu gehen. Unser Ziel ist klar: Kein halber, sondern ein ganzer Regierungswechsel. Eine rot-grüne Mehrheit für dieses Land.

Wir in Hannover werden doppelt kämpfen im Herbst. Denn wir wollen alles in unserer Stadt erreichen: Beide Bundestagswahlkreise wieder direkt gewinnen und den Oberbürgermeister stellen.

Die SPD in Hannover ist hoch motiviert, das spürt man an vielen Stellen. Erhalten wir uns die gute Stimmung vom 20. Januar und bereiten wir uns auf den Herbst vor.

Herzlichst
Kerstin Tack, MdB

Die SPD am Beginn des Bundestagswahljahres

Am 9. Dezember 2012 wurde auf dem SPD-Bundesparteitag in Hannover Peer Steinbrück mit 93,5% der Stimmen zum Kanzlerkandidaten gewählt. Vor der Abstimmung machte Steinbrück in seiner Rede deutlich, dass die Bundestagswahl 2013 eine Richtungs-Entscheidung werden wird.

Deutschland braucht diesen Richtungswechsel, denn die soziale und kulturelle Kluft wächst. Die SPD wird daher klare programmatische Alternativen zur schwarz-gelben Koalition anbieten. Die WählerInnen können im September darüber entscheiden, ob es einen flächendeckenden Mindestlohn, verbindliche Frauenquoten, eine bessere Bildung, eine armutsfeste Rente und erschwingliche Mietwohnungen geben soll.

Seit fast 150 Jahren führt die SPD einen Kampf gegen Armut. Heute bedeutet das: gute Arbeit muss endlich wieder zu gutem Lohn führen. Es kann nicht sein, dass Menschen den ganzen Tag arbeiten und der Lohn trotzdem am Ende des Monats nicht reicht, so dass der Staat aufstocken muss. Jede und jeder muss vom Lohn auch leben können, daher werden wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro einführen.

Besuchsgruppen in Berlin



28.11.2012: Klasse der IGS List im Bundestag



29.11.2012: Hannoversche Initiative für Soziale Stadt im Bundestag



30.11.2012: Klasse der Albrecht-Dürer-Förderschule im Bundestag



14.12.2012: IG BCE Ortsgruppe Hannover Nord-Ost im Bundestag



17.12.2012: SchülerInnen der Brüder-Grimm-Grundschule im Bundestag

Die SPD am Beginn des Bundestagswahljahres

Fortsetzung von Seite 1

Aber guter Lohn für gute Arbeit ist weit mehr als nur der Mindestlohn. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die Tarifbindung wieder steigt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss für alle gelten, Männer und Frauen, Stammeschäftigte oder Leih- und ZeitarbeiterInnen.

Denn guter Lohn für gute Arbeit ist auch die wichtigste Voraussetzung für eine gute Rente.

Darüberhinaus muss es aber auch eine Mindestrente von 850 Euro und ein abschlagfreies Ruhestandsgeld nach 45 Jahren geben. Beim heutigen Rentenniveau soll es prinzipiell bleiben.

In Ballungszentren steigen die Mieten. Bezahlbare Wohnungen werden knapp. Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen finden in den Innenstädten keine Wohnungen mehr, die sie sich leisten können. Eine zusätzlichen Belastung sind steigende Strom- und Heizkosten. Die SPD wird konsequente Maßnahmen ergreifen, damit bezahlbares Wohnen überall möglich ist. Wir wollen das Programm Soziale Stadt retten. Und wir werden mit einer Gestaltungsmehrheit den Sozialen Wohnungsbau neu in Gang setzen.

Auch mit einem neuen gestaffelten Kindergeld wird die SPD mehr Gerechtigkeit in der Familienförderung schaffen. Familien mit geringen und mittleren Einkommen und vor allem Alleinerziehende sollen profitieren.

Wir müssen Steuerehrlichkeit schaffen. Banken, deren Geschäftsmodell sozusagen auf Beihilfe zum Steuerbetrug beruht, müssen ernste Konsequenzen fürchten. Wir wollen, dass die Sanktion im Extremfall bis hin zum Lizenzentzug reicht. Auch der Aufbau einer bundesweiten Steuerfahndung in Fällen grenzüberschreitender Finanzkriminalität sowie Änderungen bei der Verjährung werden zu mehr Steuergerechtigkeit führen.

Weitere Schwerpunkte der SPD sind: eine bessere Pflege für alle, die Bürgerversicherung für ein gerechteres Gesundheitssystem, eine verbindliche Frauenquote, der Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen, mehr Durchlässigkeit und Förderung im Schulsystem und ein Steuersystem, das den bunten Lebensentwürfen in unserer Gesellschaft entspricht.

Um all diese Ziele auch finanzieren zu können, wollen wir die oberen EinkommensbezieherInnen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen. Zunächst werden wir den Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer auf 49 Prozent anheben. Außerdem müssen die Kapitaleinkünfte steuerlich stärker herangezogen werden.

Das größte wirtschaftliche Risiko bleibt in diesem Jahr weiterhin die Instabilität des Euro und die Verschuldung der Staaten infolge der Finanzmarktkrise. Für die SPD heißt das zentrale Thema: Die permanente Staatshaftung für Bankenrisiken ist zu beenden. Dafür wollen wir einen Bankfonds, der durch die Banken bezahlt wird. Es gilt, nicht nur die deutschen, sondern die Steuerzahler in allen Ländern davor zu schützen, dass sie für strauchelnde Banken immer wieder ihr Portemonnaie aufmachen müssen.

Bezahlbar Wohnen in der sozialen Stadt

In den letzten Jahren ist bezahlbarer Wohnraum immer knapper geworden. Die Mietpreise in Hannover stiegen deutlich an. Häufig konkurrieren zahlreiche BewerberInnen um eine Wohnung. So sind Wohnungsbesichtigungen mit 50 und mehr BewerberInnen keine Seltenheit mehr. Diese Entwicklung bereitet vielen BürgerInnen große Sorgen. Bei stagnierenden Einkommen fragen sie sich zunehmend, wie sie ihre Wohnungen finanzieren können. Insbesondere Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen finden immer schwerer eine Wohnung in Innenstädten. Dies daraus resultierenden Sorgen nehmen wir ernst. Denn Wohnraum ist Lebensraum und das soziale Umfeld das Zuhause.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant das Mietrecht zu ändern, um damit Kosten, die aufgrund der Energiewende entstehen auf MieterInnen umzulegen. Die soziale Funktion des Mietrechts wird dabei ausgehöhlt. Dauerhafte Mieterhöhungen und eine Aufweichung des Kündigungsschutzes schränken die Rechte der MieterInnen einseitig ein. Die Kosten der energetischen Sanierung werden auf sie abgewälzt.

Die SPD will verhindern, dass Menschen aufgrund steigender Mieten aus ihren Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld verdrängt werden. Gute und energiesparende Wohnungen dürfen nicht zum Luxusgut werden. Sie müssen für alle erschwinglich sein. Es darf kein Auseinanderdriften von reichen Vierteln und abgehängten Nachbarschaften geben.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung daher auf, Mieterhöhungen gesetzlich zu drosseln. Wir wollen ein soziales Mietrecht für alle. Kosten der Gebäudesanierung und unbegrenzte Mieterhöhungen bei Wiedervermietung dürfen nicht allein von den MieterInnen geschultert werden.

Wohnraum muss sozial, klimagerecht und wirtschaftlich verantwortlich im Quartier und städtischen Gesamtbild gestaltet werden. Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass die soziale Wohnraumförderung, die Programme der Städtebauförderung - insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ - mit ausreichend finanzieller Mittelausstattung fortgeführt werden. Bezahlbares Wohnen wird im Zentrum der Politik der neuen niedersächsischen Landesregierung unter sozialdemokratischer Führung stehen. Denn Wohnpolitik beginnt in den Ländern und Kommunen.

In einem ersten Schritt werden wir im Bundesrat die von der Regierung Merkel verschärfte soziale Ungerechtigkeit im Mietrecht verhindern. Ziel ist es, im Bundesrat die Mietpreisspirale am Wohnungsmarkt zu stoppen. Dazu gibt es eine Mietpreisbegrenzung nicht nur für Bestands-, sondern auch für Neumieten.



Kerstin Tack unterwegs



1.12.2012: Prominenten-Keksverkauf auf dem Opernplatz mit Marc Terenzi



4.12.2012: Zu Besuch in der Leinetalschule



5.12.2012: Jubilarehrung der AWO Hameln



6.12.2012: Nikolausaktion an der Noltemeyerbrücke

Landtagswahl in Niedersachsen

SPD und Grüne haben die Landtagswahl für sich entscheiden können. Amtsbonus und Popularitätswerte des Titelverteidigers Mc Allister konnten seine CDU nicht vor deutlichen Verlusten bewahren. Vielmehr wählten die BürgerInnen eine Politik des Stillstandes und der sozialen Spaltung ab. Die Wahlbeteiligung stieg dabei deutlich an, insbesondere in den SPD-Hochburgen.

In Stadt und Region Hannover wurde die SPD wieder stärkste Partei. Die CDU verlor überdurchschnittlich. Aufgrund des geschickteren Stimmensplittings von schwarz-gelb konnte jedoch die CDU fast alle Direktmandate im Umland gewinnen. In der Stadt Hannover dagegen gewann die SPD vier von fünf Wahlkreisen.

Der bereits bei anderen Wahlen zu beobachtende Aufstieg der Grünen hat sich fortgesetzt. In den Großstädten Göttingen und Oldenburg sind sie nach der SPD zweitstärkste Partei. Das Ergebnis der Leihstimmenkampagne für die FDP dürfte die CDU selber überrascht haben und ist zu Recht als „Fremdbluttherapie“ bezeichnet worden. Piraten und LINKE haben untergeordnete Rollen gespielt und scheiterten deutlich an der 5-Prozent-Hürde.

Nach dem Höhenflug der FDP im Jahre 2009, dem der Grünen 2010/2011, dem der Piraten 2011/2012 und dem gefühlten Höhenflug der CDU/CSU 2012/2013 konnte die Union einmal mehr ihre bundesweiten Umfrageergebnisse nicht in WählerInnenstimmen umsetzen. Dieses hat auch mit der Inhaltsleere der Unions-Politik zu tun: Präsidiale Regierungsstile eignen sich weder im Bund noch im Land zur inhaltlichen Profilierung von Parteien. Vielmehr fordern die BürgerInnen von der Politik Antworten auf Fragen wie Wohnungsnot, Armut trotz Arbeit, Tierschutz (Massentierhaltung) oder Bildungsgerechtigkeit (Studiengebühren). Die SPD und Grüne hatten hier die besseren Kompetenzzuschreibungen und konnten folglich die Wahl für sich entscheiden.

Dieses ist um so bemerkenswerter, als dass die Medienberichterstattung nicht immer motivationsfördernd für die WahlkämpferInnen der SPD war. Aber die SPD-Mitglieder haben intensiv und kreativ gekämpft und gezeigt: Wahlen werden weder von JournalistInnen noch von MeinungsforscherInnen entschieden, sondern im direkten Kontakt mit den BürgerInnen, Vereinen und Bewegungen vor Ort. Die Motivation für den September mit Bundestags- und Oberbürgermeisterwahl ist dementsprechend groß.

Kerstin Tack unterwegs



8.12.2012: Infostand der SPD Bothfeld



9.12.2012: Ao. Bundesparteitag der SPD in Hannover



16.12.2012: Preisakat der SPD Vahrenheide-Sahlkamp



16.12.2012: Jubilarehrung der SPD Kleefeld-Heideviertel



13.1.2013: Neujahrsempfang der SPD Bothfeld und Vahrenheide-Sahlkamp



13.1.2013: Neujahrsempfang der SPD Groß Buchholz



5.1.2013: Eiswette am Mittellandkanal



18.1.2013: Rosenaktion der SPD List-Nord



20.1.2013: Interview auf der SPD-Wahlparty

Interview mit Michael Sander, Landesgeschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e. V.

Herr Sander, Sie haben als Landesgeschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes mit hauptberuflichen Feuerwehrleuten zu tun und als stv. Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Hannover mit Ehrenamtlichen. War das ein schwieriger Spagat?

Die Feuerwehren und ihre Angehörigen in Niedersachsen sind universelle Hilfeleister und bekennen sich sowohl als Ehrenamtliche als auch als Hauptberufliche zur Professionalität, um allen Menschen schnelle Hilfe zu gewährleisten. Der Übergang vom Ehrenamt zur Berufsarbeit in der Feuerwehr ist zwar aufgrund in Teilen unterschiedlicher Motivationsansätze eine interessante Herausforderung, jedoch keine gegensätzliche.

Mein jahrzehntelanges Wirken im Brandschutzwesen ist für mich persönlich eine Berufung und motiviert mich stets, die Zusammenarbeit zwischen Ehren- und Hauptamtlichen zu verstärken und zu fördern. Hilfreich für ein gutes Miteinander ist hierbei natürlich auch, dass viele Mitglieder die in der Berufsfeuerwehr tätig sind auch Doppelmitglied sind. Sie haben entweder vorher in der Freiwilligen Feuerwehr mitgewirkt oder tun dies immer noch. Historisch und praktisch ist die Freiwillige Feuerwehr halt ein Erfolg und Synonym als auch Symbol für beste Werte menschlichen Zusammenlebens.

Wie würden Sie die Probleme und Perspektiven der Freiwilligen Feuerwehren beschreiben?

Der Wandel des Berufs- und Familienbildes beeinflusst die Aufnahme eines Ehrenamtes. Wir brauchen bessere Vereinbarkeitslösungen von Ehrenamt, Familie und Beruf. Hier-

zu sind flexiblere Strukturen und individuelle Lösungen erforderlich. Es gilt das freiwillige Engagement in der Feuerwehr zu modernisieren, so dass sie auch in Zukunft leistungsfähig und verlässlich Sicherheit garantiert und attraktiv für die Mitarbeit ist. So können z.B. auch neue Mischformen wie nebenberufliche Kräfte in verbindlich vereinbarten Zeitabschnitten oder hauptamtliche Kräfte für Verwaltungs- und Organisationsaufgaben in Freiwilligen Feuerwehren Lösungsansätze sein. Dies vorausgesetzt können wir positiv in die Zukunft blicken, denn die Freiwillige Feuerwehr schafft mehr, als dem Ehrenamt gemeinhin zugetraut wird.

Die Sportvereine gelten als Vorreiter bei der Integration von Migrantinnen und Migranten. Spielt das bei der Feuerwehr auch eine Rolle?

Der Landesfeuerwehrverband tritt für eine Kultur der Anerkennung, der Gleichberechtigung, des Respekts und der Vielfalt ein. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Feuerwehren ist uns ein besonderes Anliegen, welches wir bereits mit diversen Aktionen und Konzepten landesweit aktiv unterstützt haben. Die Qualifikationen und Interessen dieser Menschen müssen auch zukünftig verstärkt anerkannt werden, so dass sie noch zahlreicher für den Dienst in der Feuerwehr gewonnen werden können.

Welche Anforderungen stellen Sie an die Politik?

Die Anerkennungskultur für das bürgerschaftliche Engagement gilt es weiter auszubauen. So sind zum Beispiel das Doppelnutzen von Ausbildungen und Erfahrungen in



der Feuerwehr und im Berufsleben oder Modelle der Zusatzversorgung auszubauen. Die Politik ist aufgerufen, neue Anreizmodelle für ehrenamtlich Tätige zu erschließen, z.B. bevorzugte Hilfe bei der Suche nach Wohnraum, Arbeitsplatz, Kinderbetreuungs- und Pflegeleistungen sowie die verbilligte Inanspruchnahme von Leistungen und Einrichtungen.

Das ehrenamtliche Engagement soll sich mit Unterstützung der Politik auf die Kernaufgaben der Feuerwehr konzentrieren und nicht dazu dienen, einfache, sachfremde Dienstleitungen kostengünstig abzuwickeln.

Der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V.

Er ist ein Zusammenschluss der Freiwilligen Feuerwehren, der Berufs- und der Werksfeuerwehren. Er gliedert sich in 55 Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände.

In Niedersachsen gibt es 3.300 (ehrenamtliche) Ortsfeuerwehren, 11 Berufs- und zahlreiche Werksfeuerwehren mit rund 10.000 Einsatzfahrzeugen. Die über 140.000 Mitglieder rücken jährlich zu rund 240.000 Einsätzen aus.

Weitere Informationen im Internet:
www.lfv-nds.de



Kerstin Tack sucht ein Mädchen für den „Girls Day“ 2013

Bewerbungen sind **bis zum 4. März** an die Bundestagsabgeordnete zu richten.

Am 25. April 2013 findet der bundesweite „Girls Day“ statt, der in Niedersachsen auch „Zukunftstag“ genannt wird. Anlässlich dieses Datums bietet die SPD-Bundestagsfraktion am 24. und 25. April in Berlin ein Programm an, zu dem Kerstin Tack ein Mädchen vorschlagen kann.

Bestandteil des Programmes sind u.a.

- eine Führung durch den Bundestag,
- ein Gespräch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier,
- ein Politikparcours mit Planspiel zur Gesetzgebung,
- die Begleitung von Kerstin Tack bei ihrer Bundestagsarbeit und
- ein Plenarbesuch.

Die Kosten für Fahrt, Übernachtung, Verpflegung etc. übernimmt die Veranstalterin.

Teilnehmen können alle Mädchen der Klasse 9 oder 10, die mindestens 14 Jahre alt sind und deren Schule im Wahlkreis von Kerstin Tack liegt (Wahlkreis 42/Hannover-Stadt I). Bitte bis zum 4. März 2013 ein kurzes Motivationsschreiben und einen Kurzlebenslauf mailen an: kerstin.tack@wk.bundestag.de

Impressum:

kontakt | Ausgabe 1/2013 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de
kerstin.tack@wk.bundestag.de
Redaktion: Thilo Scholz
Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.01.2013
Nächster Erscheinungstermin: 04/2013

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli/photocase.com
S. 3 Silvester naht... | Janine Wittig/photocase.com
S. 4 Interview auf der SPD-Wahlparty | lopo
S. 5 Michael Sander | Michael Sander

Aus meinem Terminkalender Februar bis April 2013

- 5. Feb. Talk mit Tack: Pflege, Hannover
- 6. Feb. Mitgliederversammlung der SPD List-Nord, Hannover
Jahreshauptversammlung der SPD Groß Buchholz, Hannover
- 7. Feb. Gemeinsame Mitgliederversammlung der SPD List-Süd, Oststadt-Zoo und Vahrenwald, Hannover
- 11. Feb. Gespräch mit Violetta, Hannover
Talk mit Tack: Kultur, Hannover
- 12. Feb. Mitgliederversammlung der SPD Hainholz-Vinnhorst, Hannover
- 13. Feb. Kuratorium West-Sahara, Bremen
Gemeinsame Mitgliederversammlung der SPD Bothfeld und Vahrenheide-Sahlkamp, Hannover
- 14. Feb. Gemeinsame Mitgliederversammlung der SPD Anderten und Misburg, Hannover
- 15. Feb. Preisübergabe der Eiswette, Borussia Hannover
- 18. - 22. Feb. Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
- 19. Feb. Mitgliederversammlung der SPD Herrenhausen-Stöcken, Hannover
- 21. Feb. Besuch einer Klasse der Herschelschule im Bundestag und Besuch einer Klasse der IGS Vahrenheide-Sahlkamp, Berlin
- 22. Feb. Gedenkveranstaltung: 80 Jahre nach dem Überfall auf das Reichsbanner am Lister Turm, Hannover
- 25. Feb.-1. März Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
- 26. Feb. Mitgliederversammlung der SPD Kleefeld-Heideviertel, Hannover
- 4. März Mitgliederversammlung der SPD Hainholz-Vinnhorst zum Thema „Lobbyismus“, Hannover
- 7. März Frauenfrühstück anlässlich des int. Frauentages, Hannover
Wahlkreiskonferenz zur Aufstellung für die Bundestagswahlkreise der Region Hannover, Hannover
Veranstaltung der vier Bundestagswahlkreise Hannovers mit Stephan Weil, Stephan Schostok u.a.m., Hannover
- 11. - 15. März Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
- 18. - 22. März Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
- 19. März Veranstaltung „Wer bündigt unseren Finanzmarkt“ der SPD Wilmersdorf-Nord, Berlin
- 21. März Aktion zum Equal Pay Day, Berlin
- 4. April Wahlkreis-Forum, Hannover
- 5. April Gespräch mit einer Klasse der Käthe-Kollwitz-Schule, Hannover
- 6. April AWO-Kreiskonferenz Osterholz-Scharmbeck
- 9. April Gespräch im Nachbarschaftstreff List NordOst, Hannover
Dialogforum Verbraucherschutz, Hannover
- 10. April Veranstaltung zur Schuldnerberatung, Lübeck
- 11. April Vorstandssitzung der SPD Oststadt-Zoo, Hannover
- 12. April Besuch der Schülerfirma der IGS List, Langenhagen
- 14. April Bundesparteitag der SPD zum Regierungsprogramm

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie auf www.kerstin-tack.de

BürgerInnensprechstunde von Kerstin Tack

5. März von 15:00 bis 17:00 Uhr

9. April von 16:00 bis 18:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0511 69 98 05 oder per E-Mail an kerstin.tack@wk.bundestag.de